

Vortrag bei der Stadtakademie Bochum, 31. August 2019

## **Der Friedensschluss von 1990 und die langen Schatten des Zweiten Weltkrieges**

Hans Misselwitz

Niemand hätte sich 1990 als das Zeitalter der Konfrontation und der Teilung Europas für beendet erklärt, wurde, vorstellen wollen, dass knapp 30 Jahre später erneut der Frieden in Europa bedroht, durch Konfrontation und Teilung gefährdet sein könnte.

Die Spannungen, die sich zwischen dem Westen und Russland aufgebaut haben, führten in der Ukraine zu einem militärischen Konflikt, begleitet von eskalierenden ökonomischen Sanktionen. Das INF-Abkommen von 1987, das den Abbau der atomaren Mittelstreckenraketen aus Europa beschloss und das Ende der Ost-West-Konfrontation einleitete, ist seit einem Monat Geschichte.

Morgen wird in Polen des deutschen Überfalls vor 80 Jahren gedacht, des Beginns des Zweiten Weltkrieges. Aus diesem Anlass stellte heute der Präsident Polens die Forderung nach Reparationen für die im Krieg erlittenen Schäden.

Ich möchte mich dem mir gestellten Thema in drei Schritten nähern. Es geht mir dabei darum, die historischen Hintergründe und die politischen Möglichkeiten des europäischen Friedensschlusses von 1990 darzustellen. Ich beginne mit einem Rückblick auf das sich 1989 öffnende Zeitfenster mit dem Datum des sogenannten Mauerfalls in Berlin. In einem zweiten Schritt versuche ich die dadurch eröffnete internationale, europäische Dimension eines zunächst als deutsche Angelegenheit zu erfassen. In dritten Teil geht es um die alternativen Lösungsansätze, die 1990 in der Debatte waren. Abschließend möchte ich einige Einschätzungen über das Ergebnis und die Folgen der Entscheidungen von 1990 zu geben.

### **1. Der 9. November 1989**

30 Jahre nach 1989, am kommenden 9. November wird in Berlin der Fall der Mauer gefeiert werden. Gewissermaßen als Höhepunkt des demokratischen Aufbruchs in der DDR und als das Ereignis, das die deutsche Einheit verkörpert, das Ergebnis von 1990 vorwegnahm.

Die Bilder sind um die Welt gegangen. Jubelnde Menschen, die durch die geöffneten Grenzübergänge drängen, Jugendliche, die auf der Mauer feiern. Die Sprachlosigkeit der vom Geschehen Überwältigten, die zwei Worte „Wunder“ und „Wahnsinn“. Ein historischer Ausnahmezustand. Auf einmal ist die Geschichte offen. Nach 40 Jahren deutscher Teilung. Fast 45 Jahre nach Kriegsende.

Es war mehr als ein innerdeutsches Fest. Es fand über mindestens 3 Tage unter Beteiligung Hunderter, Tausender zugereister Menschen aus ganz Europa statt und auf allen Kanälen der Welt. Schon wenig später wird von einer „unerhörte Begebenheit“<sup>1</sup> gesprochen werden, eine

---

<sup>1</sup> Lepenies, Wolf, Folgen einer unerhörten Begebenheit : die Deutschen nach der Vereinigung, Berlin 1992.

Wort in dem nicht nur das Außerordentliche anklingt, sondern auch, was in diesem Augenblick möglich schien.

Am Tag danach, am 10. November, gab es eine große Kundgebung in West-Berlin vor dem Schöneberger Rathaus. Kanzler Kohl kam, extra eingeflogen aus Warschau. Als das Wort „Wiedervereinigung“ fällt, quittieren das die etwa 20 000 West- und Ost-Berliner mit Pfiffen. Den Nerv traf dagegen Willy Brandt. Er ist es, der die ganze Dimension des Ereignisses erfasste:

„ ... ich erinnere uns daran, dass alles nicht erst am 13. August 1961 begonnen hat. Das deutsche Elend begann mit dem terroristischen Nazi-regime und dem von ihm entfesselten Krieg... Aus dem Krieg und aus der Veruneinigung der Siegermächte erwuchs die Spaltung Europas, Deutschlands und Berlins. Jetzt wächst zusammen, was zusammengehört.“<sup>2</sup>

*Wie verhielten sich die Deutschen angesichts der neuen Lage?*

Die überwiegende Mehrheit der Deutschen war sich bewusst, dass die Frage, wie es in Deutschland weitergehen soll, eine historische und europäische Dimension hatte, einer europäischen Lösung bedurfte.

Dass sie sich als ein Aspekt des überall in Europa mit großer Sympathie begleiteten demokratischen Aufbruchs in Osteuropa stellte, war ein Glück.

Dass es von deutscher Seite keine nationalistischen Töne gab, sondern offiziell Zurückhaltung, Respektierung der Ängste der Nachbarn, das Bekenntnis zu Europa, galt als Beweis, dass die Lektion aus der Geschichte gelernt wurde.

Drei Wochen nach der Öffnung der Mauer, am 28. November 1989, stellte Bundeskanzler Kohl dem Bundestag sein „10-Punkte-Programm zur Überwindung der Teilung Deutschlands und Europas“ vor. Als Ziel formulierte Helmut Kohl: „Mit dieser Politik wird auf einen Zustand des europäischen Friedens hingewirkt, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangen kann.“

Die Annäherung beider deutscher Staaten solle in eine gesamteuropäische Entwicklung eingebettet werden. Dazu gehöre „die ebenso schwierige, wie entscheidende Frage übergreifender Sicherheitsstrukturen in Europa“. Das aber hieß: Der deutsche Einigungsprozess folgt dem europäischen. An dessen Ende steht die deutsche Einheit.

Dieses „10-Punkte-Programm“ stieß in beiden deutschen Staaten auf breite Zustimmung. Sogar bei der neuen DDR-Regierung unter Hans Modrow. In der DDR-Bevölkerung war Ende November 89 das Thema „Wiedervereinigung“ noch nicht auf der Tagesordnung. Laut damaliger „Spiegel“-Umfrage waren 71 Prozent dagegen, nur 27 Prozent dafür.<sup>3</sup> Auch die neuen oppositionellen Parteien in der DDR äußerten sich noch ablehnend.

## **2. Die internationale Dimension der „deutschen Frage“**

---

<sup>2</sup> Willy Brandt, „...und Berlin wird leben“, Rede am 10.11.89 auf dem John-F.-Kennedy-Platz: in: Willy Brandt „...was zusammengehört“, Über Deutschland. Bonn 1993, S.35

<sup>3</sup> Vgl. „Der Spiegel“, 18.12.1989

Mit Öffnung der Mauer fiel auch der „Eiserne Vorhang“, die Grenze im Ost-West-Konflikt, der 40 Jahre Europa und die Welt beschäftigte, für den die Berliner Mauer symbolisch stand. Das war die internationale Dimension des Ereignisses. Die von der Weltpolitik lange in den Hintergrund gestellte „deutsche Frage“ kehrte als weltpolitisches Thema auf die Tagesordnung zurück.

Die „deutsche Frage“ bestimmte lange Zeit die Geschicke Europas. Dann blieb sie nach dem Krieg unerledigte Geschichte. Die Lösung der „deutschen Frage“ würde für alle Europa von grundlegender Bedeutung sein. Für die Europäer hieß die „deutsche Frage“ seit 1945: ob und wie Europa ein großes, wieder vereintes Deutschland verkraften könne. Es hatte den Kontinent in zwei katastrophale Kriege gestürzt. Der Mauerfall war also keine Angelegenheit, die die Deutschen allein etwas anging.

1990 wurde somit das Datum für zwei mögliche Friedensschlüsse: das Ende des Kalten Krieges besiegeln und den noch ausstehenden Friedensschluss mit Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg nachholen.

Formal lag die „deutsche Frage“ seit 1945 in der Verantwortung der Vier Siegermächte des Zweiten Weltkrieges. Zugleich berührte sie vor 30 Jahren einen Kernbereich der sicherheitspolitischen Interessen der USA und der Sowjetunion in Europa. Durch die Einbindung der deutschen Teilstaaten in die west- und osteuropäischen „Blöcke“, militärisch wie ökonomisch, ging es 1990 für sie um Eingriffe in den jeweiligen Machtbereich.

Der Friedensschluss von 1990 konnte somit nur gelingen, wenn die Lösung der europäischen Dimension des Problems die Lösung der „deutschen Frage“ erlaubt. Es musste auf jeden Fall beides geben: eine Antwort auf die deutsche Frage, die Teil einer künftigen Friedensordnung in Europa ist.

Die Schlüssel zu beidem hatten 1990 die vier alliierten Siegermächte des Zweiten Weltkriegs noch in der Hand. Ob man es wollte oder nicht: Die langen Schatten des Krieges, kamen 1990 wieder auf die Tagesordnung.

### *Die unerledigten Ziele der Alliierten*

Anfang August 1941, nach dem Überfall Deutschlands auf die Sowjetunion, kam es zu einem geheimen Treffen von Präsident Roosevelt und Premierminister Churchill auf einem Kriegsschiff vor der Küste Neufundlands. Es ging um die Bildung einer breiten „Anti-Hitler-Koalition“ und deren politische Ziele. Sie wurden bekannt als „Atlantik-Charta“.

Nach den USA und Großbritannien unterzeichneten sie die Sowjetunion und die Exilregierungen von neun besetzten europäischen Ländern. Sie zeichnete Grundzüge einer künftigen Friedensordnung, eines umfassenden Systems der Sicherheit in Europa. Sie wurde zur Blaupause für die Charta der Vereinten Nationen von 1946.

Als der bis heute furchtbarste Krieg der Weltgeschichte am 8. Mai 1945 zu Ende war, gab es über den Kriegsschuldigen keinen Zweifel. Ihre Kriegsziele hatten die Alliierten am 1. Januar 1942 erklärt: „Sicherheit vor Deutschland“ und „kein einseitiger Sonderfrieden mit Deutschland“. Wie sie erreicht werden konnten, das verhandelten die drei Mächte, Sowjetunion, USA und Großbritannien vor Kriegsende auf den Gipfeltreffen in Teheran und Jalta.

Nach Kriegsende, vom 17. Juli bis 2. August 1945, trafen sich Stalin, Truman und Attlee zur Potsdamer Konferenz. Sie stand schon im Zeichen unterschiedlicher Vorstellungen über die Zukunft Deutschlands und Europas und beginnender sowjetisch-amerikanischen Gegensätze – nicht zuletzt unter dem Eindruck der Zündung der ersten Atombombe durch die USA. Das Ergebnis war ein Provisorium. So verstand sich das „Potsdamer Abkommen“ auch selbst, indem es auf einen künftigen Friedensvertrag verwies.

In der Bundesrepublik galt bis 1990 das „Potsdamer Abkommen“ als rechtlich unverbindlich, ohne völkerrechtliche Geltung. Doch bevor die „deutsche Frage“ 1990 wieder auf der Tagesordnung kam, bewährte sich das „Potsdamer Abkommen“ aus alliierter Sicht. Das Provisorium stand für eine europäische Friedensordnung, die 45 Jahre Sicherheit vor Deutschland gewährte.

Es stellte wichtige Weichen für die Nachkriegsordnung. Sie waren für lange Zeit die gemeinsame Geschäftsgrundlage der Staaten, darunter in der Reparationsfrage, bei der Festlegung der polnischen Westgrenze an Oder und Neiße oder bei den Grundsätzen für die Behandlung Deutschlands.

Das zeigte sich 1990 bei den Verhandlungen zum Zwei-plus-Vier-Vertrag. Genau diese Themen lagen wieder auf dem Tisch. Die Reparationsfrage fiel unter den Tisch, die Grenzfrage bestimmte über Monate die Diskussion, und der Vertrag nahm am Ende sogar Bezug auf einige Verfassungsgrundsätze des vereinten Deutschlands.

### *Was waren 1990 die Interessen der beiden Großmächte USA und Sowjetunion*

**Für die sowjetischen Interessen** in Europa war die DDR von besonderer Bedeutung. Deshalb beharrte Michail Gorbatschow noch Ende 1989 auf deren Fortexistenz, weil sie der Sowjetunion auch eine Mitsprache über die Neuordnung Europas garantierte.

Allerdings änderte sich das schon etwas, seit die westdeutsche Ostpolitik die europäische Nachkriegsordnung de facto anerkannt hatte. Der triumphale Empfang für Gorbatschow im Juni 1989 in der Bundesrepublik zeigte ihm, dass die Bundesrepublik ein potenterer Partner für die Annäherung der Sowjetunion an Europa sein konnte.

Für Gorbatschows europäische Vision spielte die „deutsche Frage“ eine zentrale Rolle. Sie verhielt sich zum eigentlichen Ziel – der Einbeziehung der Sowjetunion in das „gemeinsame europäische Haus“ - wie ein Mittel, eine Möglichkeit, die Tür nach Europa zu öffnen.

**Für die USA** waren die europäischen Ambitionen Gorbatschows eine akute Herausforderung. Der seit Anfang 1989 amtierende amerikanische Präsident Bush Senior suchte denn auch nach einer Antwort auf Gorbatschows Projekt. Auch dabei kam die Möglichkeit in Betracht, die „deutsche Frage“ wieder auf die Tagesordnung zu setzen.

So hieß es in der neuen europapolitischen Strategie des Weißen Hauses im März 1989: „Heute sollte die oberste Priorität der amerikanischen Europapolitik das Schicksal der Bundesrepublik Deutschland sein. [...] Selbst wenn wir bei der Überwindung der Teilung Europas durch mehr Offenheit und Pluralismus Fortschritte machen, ist keine Vision des

künftigen Europas denkbar, die nicht auch eine Stellungnahme zur ‚deutschen Frage‘ enthält“.<sup>4</sup>

Die USA sahen also – wie die Sowjetunion – in der Lösung der „deutschen Frage“ einen Schlüssel für die Neuordnung Europas. Allerdings mit jeweils anderen Zielen: Für die USA ging die Lösung der „deutschen Frage“ vor, sie war ein Ziel an sich, weil deren Lösung die europäische in ihrem Interesse beeinflussen könnte. Sie würde den USA den Status quo sichern und den Fuß in Europa erhalten. Damit verhielt es sich genau umgekehrt wie bei der Sowjetunion, die etwas anderes als den Status quo anstrebte, sondern eine stärkere Anbindung an Europa.

### **3. Welche Alternativen gab es 1990?**

Theoretisch standen 1990 verschiedene Lösungsansätze zur Verfügung. Sie mussten irgendwie den für die deutsche Vereinigung ausstehenden Friedensschluss verbinden mit den für eine europäische Friedensordnung erforderlichen Entscheidungen. Dabei ging es wesentlich auch um die künftige Rolle Deutschlands in Europa.

Ich beziehe mich hier auf vier Lösungsansätze.<sup>5</sup>

#### **1. Friedensvertrag mit Deutschland**

Das war eigentlich der selbstverständliche Weg. Die Siegermächte treten in ihre Verantwortung für Deutschland wieder ein und entscheiden - im Rahmen einer internationalen Friedenskonferenz - über einen Friedensvertrag, der u.a. die Grenzfragen, die Reparationsfragen und die künftige außenpolitische Verfassung des vereinten Deutschlands regelt. Diesen Ansatz verfolgte die Sowjetunion seit langem. Er entsprach dem Modell Österreich 1955, Souveränität durch Neutralität.

Das stand von vornerein das von den USA erklärte Ziel einer Mitgliedschaft Deutschlands in der NATO entgegen. Das wollten sie nicht in einer Konferenz von 55 zu beteiligenden Staaten, die am 8. Mai 1945 mit Deutschland im Kriegszustand waren, zur Disposition stellen. Auch die Bundesregierung lehnte eine Friedenskonferenz ab, weil sie im Zeichen von schwer abzuschätzenden Reparationsforderungen stehen könnte.

#### **2. Deutsch-deutsche Konföderation**

Helmut Kohl hatte es in seinem 10-Punkte-Programm als ein Übergangsmodell vorgeschlagen. Die föderative Struktur der Bundesrepublik bot dafür institutionelle Parallelen. Auf DDR -Seite gab es mit der Idee der „Deutsch-deutschen Vertragsgemeinschaft“ eine Entsprechung. Die Europäische Gemeinschaft, so wie sie vor Maastricht 1992 bestand, hätte den gemeinsamen Rahmen geboten.

---

<sup>4</sup> Philip Zelikow und Condoleezza Rice, Sternstunde der Diplomatie. Die deutsche Einheit und das Ende der Spaltung Europas, Berlin 1997, S.58

<sup>5</sup> Vgl. Mary Elise Sarotte, 1989. The Struggle to Create Post-Cold War Europe. Princeton/Oxford 2009, vgl. Zusammenfassung S.196-201

Das hätte aber vorausgesetzt, dass sich die DDR (mit Hilfe der Bundesrepublik) wirtschaftlich und politisch stabilisieren könnte. Bonn erteilte diesem Ansatz Mitte Februar 1990 eine Absage, nicht zuletzt angesichts des von den USA im Januar vollzogenen Kurswechsels bei der Lösung der „deutschen Frage“ und der Zusage Gorbatschows an Kohl, Weg und Zeit der deutschen Vereinigung selbst zu bestimmen.

### 3. Gesamteuropäische Friedensordnung

Dieses Konzept bedeutete, die notwendigen Entscheidungen der Siegermächte für die Vereinigung der beiden deutschen Staaten abzukoppeln von den Fragen der europäischen Friedensordnung. Der Ansatz wurde von Gorbatschow favorisiert und im März 1990 formell unterbreitet. Er nahm das im Februar 1990 verabredete Zwei-plus-Vier-Verfahren auf, und trennte davon Verhandlungen über eine neue europäische Sicherheitsstruktur ohne NATO und Warschauer Pakt ab, aber unter Einschluss der USA. Das stieß sowohl in Polen, als auch in der Tschechoslowakei auf positive Resonanz. Die DDR unternahm im Mai 1990 zusammen mit den beiden Nachbarstaaten eine gemeinsame Initiative zur Weiterentwicklung der KSZE als gesamteuropäische Sicherheitsarchitektur.

Der Ansatz blieb nach einem Monat stecken. Nachdem, was wir später erfuhren, intervenierten die USA in Prag und Warschau – angeblich unter Hinweis darauf, dass es schließlich noch die NATO geben werde. Stattdessen sollte das Thema „Gesamteuropäische Friedensordnung Rahmen der Vorbereitungen zur Pariser Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa zum Tragen kommen – und damit in die künftige "Pariser Charta für ein neues Europa“.

### 4. Beitritt der DDR zur Bundesrepublik

Das war der Ansatz, der schließlich umgesetzt wurde. Er wurde im Februar 1990 offiziell ins Gespräch gebracht – nach einem Kurswechsel der USA und Bonns Zustimmung: weg vom Vorrang der europäischen Frage. Der Beitritt der DDR nach Art. 23 des Grundgesetzes würde den geringsten Regelungsbedarf bedeuten. Er ermöglichte die Fortschreibung des innen- und außenpolitischen Status quo der Bundesrepublik und seine Ausdehnung auf die DDR.

#### *Wie kam es zum Kurswechsel in Washington?*

Noch Anfang 1990 stimmten die Vier Siegermächte und die beiden deutschen Regierungen, darin überein, dass es gelte, einen „friedlichen, graduellen [...] Prozesses“ zu fördern, in dem die Ostdeutschen ihren Weg selbst bestimmen sollten. Die deutsche Einheit – wenn überhaupt – könne erst am Ende eines längeren Prozesses stehen.

Noch am 4. Januar 1990, als Helmut Kohl ein mehrstündiges Gespräch bei Präsident Mitterand zu Hause führte, stimmte sie laut Protokoll bzgl. überein, „dass die beiden Länder in einer Übergangszeit zusammenarbeiten, obwohl sie unterschiedlichen Blöcken angehörten“.

Mitterand mahnte: „Die Vereinigung Deutschlands dürfe nicht so erfolgen, dass die Russen sich verhärten“. Er habe keine Antwort darauf, „wie die Sowjetunion das Aufgeben ihrer militärischen Position akzeptieren werde, wenn nicht die USA und die anderen Mächte ihre Position aufgaben.“

Helmut Kohl versicherte am Ende des Treffens dass er Gorbatschow sagen werde, dass man Zeit brauche..., dass wir kein *fait accompli* schaffen wollen.“<sup>6</sup>

Nur zwei Wochen später vollzieht Washington einen Kurwechsel. Es war eine 180-Grad-Wende, die die Berater von Präsident Bush am 19. Januar 1990 vorschlugen. Dem lag einerseits die amerikanische Einschätzung zugrunde, dass „die Alternative einer eigenständigen, demokratischen DDR gar nicht mehr bestand und ein beschleunigter Vereinigungsprozess [...] die Möglichkeit, ihm Steine in den Weg zu legen, nur minimieren konnte“.

Die USA fürchteten – so berichtet Robert Hutchings, damals im Nationalen Sicherheitsrat beim Präsidenten der USA daran beteiligt –, dass mit fortgesetztem Prozess dieser wegen der bestehenden alliierten Rechte der Sowjetunion „in völlig unkalkulierbare Richtungen führen könnte, etwa zu einer internationalen Friedenskonferenz“, oder „dass Moskau die Deutschen bedrängen könnte [...], etwa auf einen Austritt aus der NATO.“

Das sollte auf jeden Fall verhindert werden. Die Deutschen dürften nicht vor die Alternative gestellt werden, zwischen NATO und Einheit wählen zu müssen. Deshalb sollte man „Moskau vor derart viele *fait accomplis* (vollendete Tatsachen) stellen, so dass die Sowjets nur noch zu hohen eigenen Kosten an Gegenmaßnahmen denken konnten.“<sup>7</sup>

Diese 180-Grad-Wende vom Januar 1990 bedeutete nicht mehr und nicht weniger als die radikale Abkehr von der gemeinsamen Position, die „deutsche Frage“ im Gleichklang mit der Schaffung einer europäischen Friedensordnung zu lösen.

Die Beschleunigung des Prozesses, das angeblich „enge Zeitfenster“ von dem ab Februar 1990 an die Rede war, war das Instrument, um den Einfluss der Sowjetunion zu minimieren.

### *Die „Gespenster der Vergangenheit“*

Condolezza Rice, 1990 Mitarbeiterin im Nationalen Sicherheitsrat und spätere Außenministerin der USA, erklärte im Rückblick: „Es ist richtig, dass die USA tatsächlich nur eine Sorge hatten, diejenige nämlich, dass die Wiedervereinigung Deutschlands die NATO zerstören könnte. Denn die NATO war die treibende Kraft für den Frieden in Deutschland, der Anker Amerikas in Europa.“<sup>8</sup>

Wie konnten die USA die Europäer überzeugen, der NATO-Lösung und damit der Fortschreibung der militärischen Präsenz der USA in Europa 1990 zuzustimmen?

Die britische Regierungschefin Margret Thatcher hatte die Sorge, dass sich durch ein vereintes Deutschland die Balance in Europa wieder grundlegend verschieben würde. Damit stand Margret Thatcher in Europa keineswegs allein.<sup>9</sup>

---

<sup>6</sup> Deutsche Einheit“, Dokumente zur Deutschlandpolitik, Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90, München: Oldenbourg 1998, S. 684ff

<sup>7</sup> Robert L. Hutchings, a.a.O., S. 154 f.

<sup>8</sup> Zelikow, P. / Rice, C.: Sternstunde der Diplomatie, Berlin, 1997, 2. Auflage, S. 223.

<sup>9</sup> In einem Gespräch mit Gorbatschow äußerte sie Ende September 1989, weder Großbritannien noch Westeuropa seien interessiert an der Vereinigung Deutschlands: „Sie [die Vereinigung] würde die

Auch Frankreichs Präsident Francois Mitterrand teilte die Sorge vor einem deutschen Übergewicht in Europa. Bei einem Treffen mit Gorbatschow in Kiew am 7. Dezember 1989 sagte er: „Die deutsche Frage darf nicht den europäischen Prozess bestimmen, sondern umgekehrt. Und: An erster Stelle – ich wiederhole es – muss die europäische Integration stehen, die osteuropäische Entwicklung, der gesamteuropäische Prozess und die Schaffung einer europäischen Friedensordnung. Wenn die USA daran teilnehmen werden, dann gibt uns das zusätzliche Garantien.“<sup>10</sup>

Die Sowjetunion sah auch das Problem: Ende 1989 fragte der sowjetische Außenminister Schewardnadse bei einem Besuch im Brüsseler NATO-Hauptquartier: „Wo sind die politischen, rechtlichen und materiellen Garantien, dass die deutsche Einheit auf lange Sicht keine Bedrohung für die nationale Sicherheit anderer Staaten und für den Frieden in Europa werden kann? Die Geschichte selbst verlangt eine erhöhte Umsicht Europas.“<sup>11</sup>

In dem für die Positionierung der Sowjetunion zur NATO-Frage entscheidenden Gespräch von US-Außenminister Baker mit Präsident Gorbatschow am 9. Februar 1990 in Moskau, fragte Baker:

„Würden Sie es vorziehen, das vereinigte Deutschland außerhalb der NATO zu sehen, unabhängig und ohne Truppen der USA oder sähen Sie lieber ein vereinigt Deutschland, eingebunden in die NATO, mit der Versicherung, dass die Zuständigkeit (jurisdiction) der NATO keinen Inch ostwärts von der heutigen Position verschoben wird?“

Baker protokollierte von Gorbatschows Antwort nur: „Ganz sicher ist, dass eine Ausdehnung des NATO-Gebietes unakzeptabel wäre.“<sup>12</sup> Das hieß: Wenn die NATO bleibt, wo sie ist, könnte das eine Lösung sein.

Gegenüber Kanzler Kohl machte Präsident Bush am 24. Februar 1990 in Camp David geltend, dass die NATO-Mitgliedschaft Deutschlands das Argument sei, um die mit Blick auf die deutsche Vereinigung besorgten Staaten in Europa für die deutsche Einheit zu gewinnen.

Der in diesem Zusammenhang kolportierte Satz von Bush lautete: „*We don't fear the ghosts of the past; Margaret does*“.<sup>13</sup> Er spielte damit auf Sorgen in Großbritannien vor neuen Großmacht-Ambitionen Deutschlands an.

Die Furcht vor einem Wiedererstarken Deutschlands war weithin greifbar. Sicherheit vor Deutschland, war das erste Kriegsziel der Alliierten gewesen. Darin war man sich einig geblieben. Die internationale Zustimmung zur NATO-Mitgliedschaft des vereinten Deutschlands war in letzter Instanz die Antwort auf die Frage: Wer schützt uns im Ernstfall vor einem wiedererstarkten Deutschland? Da waren sie wieder, die langen Schatten des Zweiten Weltkriegs.

---

Nachkriegsgrenzen verschieben und das können wir nicht zulassen, weil eine solche Entwicklung die Stabilität der gesamten internationalen Situation unterminieren würde.“

<sup>10</sup> Zitat bei: Plato, a.a.O., S. 138. Anm. 22 (Gorbatschow-Stiftung, 89DEC06).

<sup>11</sup> Engel, J. A.: Bush, Germany, and the Power of Time. How History Makes History“ (2013), S. 641.

<sup>12</sup> Sarotte, Mary Elise, a.a.O. S.111. Übersetzung HM

<sup>13</sup> OSCE Network of Think Tanks and Academic Institutions, a.a.O., S.17 f.

#### 4. Das Ergebnis und die Folgen

*„Zwei-Plus-Vier“ oder „Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland“*

Nach dem zwischen Washington und Bonn Ende Januar abgestimmten Kurswechsel und dem Moskauer Placet zum Verbleib der Deutschen in der NATO (unter der Bedingung ihre nicht beabsichtigten Ost-Ausdehnung) verständigten sich im Februar 1990 die Viermächte darauf, ein Format für eine notwendige „friedensvertragliche“ Regelung zu finden.

Unbedingt notwendig waren dazu die Vier Mächte. Zugestanden wurde die Beteiligung der beiden deutschen Staaten. Das ursprüngliche Format „Vier-plus-Zwei“ hieß auf Deutsch „Zwei-plus-Vier“. Es wurde in Ottawa am Rande der KSZE-Konferenz Mitte Februar 1990 beschlossen - gegen den Widerspruch einiger europäischer Länder.

Das Mandat der Verhandlungen sollte strikt begrenzt sein: Nach westlicher Vorstellung ging es lediglich um die Beendigung der Siegerrechte in Bezug auf Deutschland. Weil die Bundesregierung sich nicht klar zur Endgültigkeit der Oder-Neiße Grenze mit Polen äußern wollte, verlangte Polen seine Beteiligung. So kam das Thema auf die Tagesordnung. Auf Beharren der Sowjetunion wurden schließlich auch Fragen der militärischen, innen- und außenpolitischen Verfassung des vereinten Deutschlands aufgenommen.

So legt das Abkommen für das vereinte Deutschland fest: keine ABC-Waffen, Truppenobergrenzen, keine territorialen Forderungen, den Grenzverlauf zu Polen sowie die Selbstverpflichtung zum Frieden und das Kriegsführungsverbot durch die Verfassung.

Damit nimmt das Abkommen Bezug auf die offenen Fragen der Vergangenheit. Direkt oder indirekt sind Verpflichtungen berührt, die 1945 im Potsdamer Abkommen von den Siegermächten formuliert wurden. Mit bloßem Auge kann man erkennen, dass die vier „D“s von Potsdam - „Demilitarisierung, Denazifizierung, Demokratisierung und Dezentralisierung“- im Vertragstext und in dem dazugehörigen Brief der deutschen Außenminister Genscher und de Maizière explizit oder implizit Aufnahme gefunden haben

Der Friedensschluss mit Deutschland von 1990 in Gestalt des „Zwei-plus-Vier-Vertrages“ enthielt also die unbedingt notwendigen Elemente einer „friedensvertraglichen“ Regelung.

Auf der anderen Seite sicherte die staatliche Vereinigung durch den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik (sofern nichts anderes erklärt wird) den gesamten Bestand der rechtlichen Verpflichtungen der Bundesrepublik - nach innen wie nach außen. Alle offenen oder strittigen Fragen konnten überdies ausgeklammert werden – mit dem Verweis auf spätere Erledigung.

Die DDR würde als Staat untergehen. Mit einer Ausnahme: Deutsche und internationale militärische Kapazitäten, Stäbe und Übungen, die der NATO unterstellt sind, dürfen nicht auf das ehemalige Gebiet der DDR vorrücken. Das heißt auch: Sie wurde eine atomwaffenfreie Zone. Wie es das Regierungsprogramm der DDR 1990 forderte.

*Was ist an dem Friedensschluss von 1990 zu würdigen?*

1. Was in Helmut Kohls „10-Punkte Programm“ als erklärtes Ziel galt, einen „Zustand des europäischen Friedens“ zu schaffen - verstanden als eine Situation, in der die deutsche

Einheit die Zustimmung der Europäer finden kann - konnte 1990 als erfüllt angesehen werden:

- Das Kriegsziel „Sicherheit vor Deutschland“ war durch die NATO-Mitgliedschaft erreicht.
- Mit der Verabschiedung der „Charta von Paris für ein neues Europa“ wurde ein Bekenntnis zu einer gemeinsamen Friedensordnung aller europäischen Staaten vorgelegt.

2. Die nach einem langen Ringen, von Bonn willkürlich herausgeschobene endgültige Regelung der Grenzen des vereinten Deutschlands – konkret der Grenze mit Polen, schaffte Vertrauen auch bei den Nachbarstaaten.

3. Das vereinte Deutschland erhielt mit dem „Zwei-plus-Vier-Vertrag“ seine volle Souveränität, in dem es gleichzeitig, erklärt entsprechend seiner Verfassung dem „Frieden in der Welt zu dienen“ und entsprechend seine militärischen Fähigkeiten zu begrenzen.

*Was ist versäumt worden, liegengeblieben, falsch gelaufen?*

1. Die Chance zu einem Systemwandel in Europa nach dem Ende der Ost-West-Konfrontation ist vergeben worden. Das hat Konsequenzen bis heute. Das Festhalten des Westens an den Strukturen des Status quo und deren Ausdehnung nach Osten hat Institutionen des Kalten Krieges und deren ideologische Fundamente in die neue Epoche übertragen.

2. Der 1990 vorherrschende „Geist der Zusammenarbeit“ ist auf verschiedenen Ebenen der internationalen Beziehungen einem Geist des Misstrauens und der wechselseitigen Drohung gewichen. Das betrifft die Beziehungen zwischen Europa und Russland besonders. Die sowjetische Zustimmung zur Westbindung des vereinten Deutschlands stellte einen Vertrauensvorschuss dar – und zwar im Vertrauen auf die spätere Teilhabe der Sowjetunion an einem neuen System der gemeinsamen Sicherheit. Im Blick auf die gemeinsamen Kriegsziele willigte die Sowjetunion in einen Separatfrieden des Westens mit Deutschland ein – zumindest solange sie aus dem westlichen Bündnis ausgeschlossen blieb.

3. Dass die Lösung der „deutsche Frage“ den europäischen Prozess bestimmte, und die Lösung einer nationalen Frage vor der internationalen kam, hat weitreichende Folgen. Das deutsche Beispiel, die Wiederherstellung der nationalen Einheit als Ergebnis und Ziel des demokratischen Aufbruchs in Mittel- und Osteuropa von 1990 hat viele „Gespenster der Vergangenheit“ in Europa wieder wach gemacht, angefangen in Jugoslawien.

*Fazit*

Das am Ende von allen Beteiligten akzeptierte Ergebnis, der „Zwei-plus-Vier-Vertrag“, fand am Ende eine Reihe von Kompromissen und konnte in kürzester Zeit zustande kommen, weil es gelang, entweder strittige Fragen bilateral zu klären, an andere Gremien zu delegieren, oder ganz auszuklammern.

Das geschichtliche Datum 1945 spielt in dem ganzen Vertragswerk keine Rolle. Lediglich in der Präambel ist vom "Bewusstsein, das ihre Völker seit 1945 miteinander in Frieden leben" die Rede. Keine Rede von der deutschen Kriegsschuld oder von den Alliierten in diesem

Zusammenhang getroffenen Vereinbarungen. Keine Rede ist über den Umgang mit den noch offen gebliebenen Fragen.

Willy Brandt sagte in seiner Rede am Tag nach der Öffnung der Mauer:

„Jetzt wird viel davon abhängen, ob wir uns – wir Deutsche hüben und drüben – der geschichtlichen Situation gewachsen zeigen.“

Die Enthaltensamkeit in Bezug auf historisch-politische Sachverhalte ist auffällig. Und man könnte es einen genialen diplomatischen Wurf nennen. Oder ein Zeugnis der fortwirkenden Last der deutschen Vergangenheit im Gedächtnis der Völker. Das Schweigen darüber bedeutet, dass sie uns bleibt.